

Die Zukunft der Arbeit im dritten Jahrtausend

Meine Damen und Herren,

wer wie ich jede Woche als Journalist durch Deutschland reist, erlebt vor allem eines: eine zunehmende Mischung aus Resignation und Wut. Die Hütte brennt, doch die Menschen resignieren. Wenn man den Grund für die Resignation und die Wut in Worte fassen wollte, dann klingt das in etwa so: Die Menschen haben den Eindruck, dass sie nur noch Rädchen in einem anonymen Getriebe sind, das immer schneller läuft – und von dem niemand, schon gar nicht die Politik, weiß, wohin es immer schneller laufen soll. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird von Gegensätzen beherrscht, die die Menschen ratlos machen:

- Trotz Aufschwung ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch – und doch haben die Menschen das Gefühl, dass es eigentlich immer mehr zu tun gäbe.
- Da sprechen alle von Wirtschaftswachstum, obwohl die Märkte gesättigt sind und immer mehr Produkte von immer mehr Maschinen ohne neue Arbeitsplätze für Menschen hergestellt werden. Technik verringert die Möglichkeiten, einfach durch Wachstum Arbeitsplätze zu schaffen.
- Dazu kommen strukturelle und hausgemachte Veränderungen. Strukturell ist das Problem, dass die Sozialversicherungen in erster Linie über Lohnbeiträge finanziert werden. Dies wird zum Problem, wenn – wie seit vielen Jahren – der Anteil von Löhnen und Gehältern am Volkseinkommen sinkt während der Anteil der Kapitalerträge steigt. Die Finanzierung der Sozialversicherungen sitzt auf einem immer dünneren Ast.
- Erschwerend wirkt, dass Teile der Lasten, die durch die deutsch-deutsche Vereinigung entstanden, einfach an die Sozialversicherungen abgetreten wurden. Ohne diese Lasten wären, so eine aktuelle Untersuchung der Dresdner Bank, die Beiträge um sechs bis sieben Prozentpunkte niedriger – je zu 50 Prozent von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
- Dazu kommt die widersprüchliche Diskussion der demografischen Entwicklung. ab 2010 die demographische Entwicklung hinzu. Immer mehr Ältere stehen immer mehr Jüngeren gegenüber. Gleichzeitig wächst aber die Jugendarbeitslosigkeit. Während Experten das Rentenalter auf das 67. Lebensjahr heraufsetzen wollen, beschäftigen schon 60 Prozent aller Betriebe keine Leute über 50.

Diese Widersprüche führen dazu, dass sich überall eine Spirale nach unten dreht: Politik und Sozialversicherungen versuchen, die Lücke aus sinkenden Einnahmen und wachsenden Ausgaben mit Sparen zu bewältigen – in der Rentenversicherung, in der Krankenversicherung und in der Haushaltspolitik. Geht dies so weiter, dann droht auch dieser Gesellschaft eine Spirale nach unten, eine immer tiefere Spaltung in Gewinner und Verlierer.

Doch es sage niemand, es gebe keine Alternativen. Sie werden auch vorgeschlagen, doch in Deutschland erfolgreich an den Rand gedrängt, weil sich die wirtschaftsliberale Doktrin auch in den Köpfen vieler Meinungsmacher und Meinungsmacherinnen festgesetzt hat. Doch wer offen durch Europa, dass der Sozialstaat auf neue Beine gestellt werden kann.

1. Wenn alte Märkte gesättigt sind, geht es darum, neue Arbeitsbereiche zu mobilisieren. Innovation heißt das Stichwort. Was möglich ist, zeigt die Tatsache, dass ein Euro mehr

pro Monat für den Strom eines jeden Privathaushaltes in den vergangenen zwei Jahren bereits 120 000 neue Arbeitsplätze entstehen ließen. Stellen Sie sich vor, auf zehn Millionen deutsche Dächer würden Solarzellen und Sonnenkollektoren montiert – und regelmäßig gewartet. Das würde ein Jobwunder in der Bauindustrie und im Handwerk auslösen. Und Deutschland von künftigen Ölkrisen verschonen. Doch während die erneuerbaren Energie noch gut gefördert werden, bleiben anderweitig viele Chancen ungenutzt: Die Hybridautos kommen aus Japan, die Neigezüge funktionieren nur in Italien, für Erdgasautos gibt es kaum Tankstellen – und beim Deutschen Technologiedienst in München schlummern 11 000 Forschungsergebnisse und Patente, die in neue Produkte umgesetzt werden könnten. Warum also kürzt man nicht Subventionen, führt einen dritten Mehrwertsteuer-Satz für Luxusprodukte ein – und fördert damit in ganz Deutschland industriellen Innovationen, die hunderttausende Arbeitsplätze schaffen können.

2. Doch es geht nicht nur um industrielle Innovation, sondern auch um soziale Innovation. Deutschland braucht bessere Kindergärten, Schulen, Hochschulen und soziale Dienste. Wie wäre es da mit einem völlig neuartigen Generationenvertrag. Stellen Sie sich vor, es würde eine Vermögenssteuer von einem Prozent auf hohe Vermögen erhoben, die dann an die Bundesländer fließt. Die Vermögenssteuer ist ja eine Ländersteuer. Und die Bundesländer würden dieses Geld – etwa acht Milliarden Euro pro Jahr – in Kindergärten, Schulen und Hochschulen stecken. Dann würde das Vermögen von heute das Vermögen von morgen fördern. Durch Arbeitsplätze für die Menschen von heute und durch bessere Aussichten für die Erwachsenen von morgen. Das wäre ein Generationenvertrag mit Zukunft.
3. Allerdings ist es eine Illusion zu glauben, mit Wachstum allein könne man Vollbeschäftigung herstellen. Eine entschiedene Verringerung der Arbeitslosigkeit steht und fällt mit einer intelligenten und flexiblen Politik zur Verringerung der Arbeitszeiten. Dabei geht es nicht um stromlinienförmige Strategien wie die 32-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Das ist auf die flexiblen Bedürfnisse der Menschen und der Betriebe nicht zugeschnitten. Es geht stattdessen darum, andere Arbeitszeit-Formen zu fördern: Teilzeitarbeit, Sabbatjahre, Überstundenabbau, Elternteilzeit oder JobRotationen. Und das sollte der Staat fördern. Warum erhalten zum Beispiel Unternehmen, die die Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter(innen) zum Beispiel durch den Abbau von Überstunden verkürzen und dafür registrierte Arbeitslose einstellen, nicht für einige Jahre das Geld, das diese Arbeitslosen den Staat in dieser Zeit sowieso gekostet hätten? Statt Arbeitslosigkeit würde dann Arbeit subventioniert. Finanziell macht das für die Regierungen keinen Unterschied, wohl aber für die heute Arbeitslosen. Für sie ist der Unterschied zwischen Arbeiten und Nicht-Arbeiten existenziell.
4. Vielfach sieht die Politik nur noch ein Mittel, um Langzeitarbeitslose und ausgegrenzte Jugendliche wieder in Arbeit zu bringen. Man droht ihnen mit sozialem Elend. Doch es gibt auch andere Methoden. In Mannheim wurden 30 Jugendliche ohne Ausbildung sozial betreut, über Praktika an die betriebliche Realität herangeführt und dann qualifiziert. 12 von ihnen sind inzwischen auf dem ersten Arbeitsmarkt, zwei haben eine Lehrstelle. Das ist eine Integrationsquote von fast 50 Prozent. In Irland werden Langzeitarbeitslose ebenfalls gleichzeitig sozial betreut, geschult und dann schrittweise auf Teilzeitbasis wieder in den Arbeitsmarkt integriert. Die Erfolgsquote liegt bei 40 Prozent. Das ist Europarekord. Auf Deutschland bezogen hätten unter diesen Bedingungen 800 000 Langzeitarbeitslose wieder eine Perspektive. Das ist die Alternative zu Hartz IV, nämlich Arbeit statt Armut.

5. In der Renten- und Krankenversicherung geht es nicht darum, die Solidarität durch Privatisierung abzubauen, sondern mehr Solidarität aufzubauen. Dies erreicht man nur, wenn alle Mitglieder der Gesellschaft, also alle Bürgerinnen und Bürger, Mitglied in der Rentenversicherung sind. Wie zum Beispiel in der Schweiz: Dort zahlen alle erwachsenen Personen – egal, ob erwerbstätig, nicht-erwerbstätig, angestellt, beamtet, selbständig, Landwirt, Professor oder Politiker – in die Rentenversicherung ein. Und dies von allen Einkommen: von Löhnen, Gehältern, Gewinnen und Vermögenserträgen. Das hat viele Vorteile. Die Renten sind sicher – und zwar in Gestalt einer Mindestrente für alle und einer Höchstrente. Gleichzeitig sind die Beiträge zur Rentenversicherung nur halb so hoch wie in Deutschland. Auf Deutschland übertragen, – das hat die Prognos AG in Basel errechnet – wären die Beiträge bis zum Jahre 2030 um ein bis zwei Prozentpunkte niedriger als heute. Alle Menschen wären sozial abgesichert; die Beiträge sind geringer; die Unternehmen haben geringere Kosten; die Arbeitnehmer höhere Nettolöhne. Wer eine höhere Rente möchte, kann dann privat vorsorgen. Das ist ein Umbau mit Zukunft. Und eine Reform dieser Art ließe sich auch auf die Krankenversicherung übertragen. Dann hätten wir Bürgerversicherungen, die mehr Menschen und mehr Geld einbeziehen und dadurch mehr Gerechtigkeit schaffen würden, bei geringeren Beiträgen.

Es gibt sie also, die anderen Sozialreformen. Und wenn wir uns nur eine Minute Zeit gönnen, um uns vorzustellen, wie die Welt nach diesen Reformen aussehen würde, dann erleben wir ein anderes Deutschland als heute:

Jetzt werden Betriebe gefördert, die wirklich neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln – und hier zu Lande Arbeit schaffen. Bessere Kindergärten, Schulen und Hochschulen geben der jungen Generation jene Perspektive, die sie braucht und schaffen gleichzeitig Arbeitsplätze für die Mittlere Generation. Flexiblere und kürzere Arbeitszeiten ermöglichen ein gerechteres Teilen von Arbeit, zwischen Alt und Jung sowie Frau und Mann. Durch gezielte Programme erhalten Langzeitarbeitslose wieder eine Chance am Arbeitsmarkt.

Und gleichzeitig sichern Bürgerversicherungen für Rente und Gesundheit alle Menschen im Alter und gegen das Risiko von Krankheiten ab – und das zu geringeren Kosten als heute und ohne die Gesellschaft immer weiter in Habende und Nicht-Habende zu spalten.

Das wären Reformen, die durchaus im kommenden Jahrzehnt verwirklicht werden und den Strukturwandel in diesem Land sozial absichern könnten. Andererseits reichen sie nicht, um auch in fernerer Zukunft, in den ferneren Jahrzehnten dieses Jahrtausends ein soziales Leben in Gerechtigkeit zu garantieren.

Die Veränderungen in den kommenden Jahrzehnten werden gewaltig sein: Viele Massenwaren werden aus dem Osten oder aus dem Süden kommen; die Langfrist-Ökonomie wird zumindest in der industriellen Produktion mit viel weniger Arbeitsstunden auskommen als bisher. Gleichzeitig wird es in der Gesellschaft viel mehr zu tun geben: im Service, in der Reparatur, in Schule, Ausbildung, Betreuung und Pflege oder in der Kultur. Diese Entwicklung stellt die Politik vor eine große Herausforderung: Sie muss – auf welchem Weg auch immer – Geld von der maschinenintensiven, aber menschenarmen industriellen Wertschöpfung zu den personalintensiven Dienstleistungen und in den kulturellen Bereich umverteilen. Tut sie dies nicht, dann droht eine sozial verantwortungslose Spaltung der Gesellschaft in wenige Gewinner und immer mehr Verlierer. Um dies zu verhindern, muss der Sozialstaat auf neue Füße gestellt werden.

Das Bürgergeld:

Man stelle sich nur für einen Augenblick folgenden revolutionären Umbau des Sozialsystems vor: Alle Sozialleistungen, von Erziehungsgeld über Bafög bis zur Sozialhilfe (außer jenen für Pflege und Behinderte), werden ebenso abgeschafft wie der Grundfreibetrag im Steuersystem und die meisten anderen Freibeträge und Sonderregelungen im Steuersystem. Dafür erhalten alle deutschen Bürgerinnen und Bürger vom Finanzamt eine »negative« Einkommenssteuer in einer bestimmten Höhe pro Monat: Der Staat zahlt ein Bürgergeld von zum Beispiel 700 Euro als soziale Grundsicherung, auf die alle Bürger einen Anspruch haben.

Mehr Bürgergeld erhält – also zum Beispiel einen Zuschlag von 500 Euro – erhält, wer verbindlich soziale Aufgaben erledigt, die heute immer wichtiger, aber nicht bezahlt werden: Kindererziehung; Pflege von Behinderten oder Älteren, Bürgerarbeit, kulturelle Arbeit.

Gleichzeitig wird dieses Bürgergeld mit der »positiven« Einkommenssteuer verrechnet, die alle Bürger auf ihr Erwerbseinkommen bezahlen - ab einer bestimmten Einkommenshöhe entfällt dann das Bürgergeld, und die entsprechende Person zahlt nur noch Einkommenssteuern.

Ein derartiges System, das so technokratisch anmutet, würde die Arbeitsgesellschaft auf völlig neue Grundlagen stellen: Sie wäre zunächst entbürokratisiert, weil nicht mehr 40 Behörden 90 Sozialleistungen vergeben wie heute. Überhaupt würde der Staat viele Ausgaben einsparen, mit denen er heute Empfänger von Sozialleistungen und Arbeitslose verwaltet. Die Menschen könnten sich in jeder Lebenslage auf ein Bürgergeld verlassen. Gleichzeitig würde die Arbeitsgesellschaft von heute einschneidend verändert:

1. Wer Erwerbsarbeit leistet würde immer mehr verdienen als Leute, die nur von Bürgergeld leben. Schließlich sind wir immer noch eine Arbeitsgesellschaft.
2. Es gäbe aber auch die Möglichkeit, mehrere Lebenskonzepte miteinander zu kombinieren: in bestimmten Lebensjahren mehr Kindererziehung und weniger Erwerbsarbeit; in anderem Alter vor allem Erwerbsarbeit; in anderer Situation viel Bürgerarbeit und etwas Erwerbsarbeit.
3. Alle könnten Erwerbsarbeit, soziales oder kulturelles Engagement und Familienarbeit weitaus besser in Einklang bringen, als dies heute möglich ist.
4. Und nicht zuletzt wäre der Weg frei für jede Menge Eigeninitiative, die es heute unter dem Existenzkampf der Menschen sehr schwer hat: Gemeinsame Kinderbetreuung; neue Wohnformen für Jüngere und Ältere, wie Mehrgenerationenhäuser; neue Wohnformen für Ältere, die Selbstverwirklichung und gegenseitige Hilfe miteinander kombinieren; die Organisation von Tauschringen, in die die Menschen ihre Stärken und Leistungen austauschen können - ohne Geld und Zins.

Es wäre dann eine Gesellschaft, in der ein weitaus schlankerer Staat als heute die Wertschöpfung der Wirtschaft und die Einkommens- und Konsumsteuern der Bürger für ein breites System an sozialer Grundsicherung umverteilt. Es wäre die Chance, das soziale Netz neu zu knüpfen, so dass die Menschen auf dieser Basis Solidarität neu leben können. Denn ein Bürgergeld versetzt die Menschen in die Lage versetzt werden, sozial abgesichert und deshalb flexibel und kreativ auf die ständig wechselnden Herausforderungen der Globalisierung zu reagieren, ohne dass die sozialen Spannungen ständig wachsen.

Ist das nur eine Utopie, die nie Wirklichkeit wird? Möglicherweise. Sicher ist, dass die Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten über neue Grundlagen für die Arbeits- und Sozialkultur in einer globalisierten Weltwirtschaft nachdenken muss. Wenn sich die Gesellschaft solchen Überlegungen verweigert und den Anforderungen der Globalisierung immer nur mit Flickschusterei und Einschränkungen für die Bürger begegnet, dann verliert sie nicht »nur« ihre Zukunftsfähigkeit, sondern den wichtigsten Produktionsfaktor, den die deutsche Gesellschaft je hatte: die Kreativität der Menschen, die um so größer ist, je gerechter die Rahmenbedingungen in einer Gesellschaft sind.

Dr. Wolfgang Kessler
Publik-Forum, Oberursel